

## 19/BI XXVII. GP

---

Eingebracht am 10.12.2019

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

### Parlamentarische Bürgerinitiative

**betreffend**

Änderung der bestehenden Drogenpolitik im Sinne einer menschenrechtskonformen Drogenpolitik von Schadensminimierung, Eliminierung des Schwarzmarktes, Erhöhung des Jugendschutzes sowie Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen  
Kurz: "Wiener Aufruf"

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Eine Bundeskompetenz ist gegeben, da es das Bundesgesetz über Suchtgifte, psychotrope Stoffe und Drogenausgangsstoffe (Suchtmittelgesetz - SMG) und assoziierte Gesetzestexte betrifft.

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von 781 BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (Anm.: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

**Anliegen:**

Der Nationalrat wird ersucht,

eine menschenrechtskonforme Drogenpolitik laut beiliegendem "Wiener Aufruf" umzusetzen. Dieser bezieht sich sinngemäß auf den „Berliner Aufruf“ ist jedoch säkular formuliert. (Der "Berliner Aufruf" ist unter <https://berlindokument.org> online abrufbar.) - "Wiener Aufruf" siehe Anhang.

Der weltweite Drogenkrieg hat sein Ziel verfehlt. Die Zahl der DrogenkonsumentInnen hat sich genauso wenig reduziert wie die Flächen, welche zum Anbau von Pflanzen zur Drogengewinnung genutzt werden.

Ohne wirksame Strategien zur Drogenkontrolle werden Marginalisierung, Armut und Ungleichheit in den Gesellschaften anhalten. Der Versuch die Welt drogenfrei zu machen hat Schaden in bereits marginalisierten Gesellschaftsschichten verursacht und nicht zur Reduktion des Drogenkonsums geführt.

Auch das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ist durch Umweltbelastungen aufgrund von nicht legalem und nicht umweltfreundlichem Anbau von Pflanzen zur Drogengewinnung sowie deren weiteren Verarbeitung gefährdet.

Es muss gesetzlich gewährleistet sein, dass die Forschung mit zur Zeit noch illegalen Substanzen im Sinne der Gesundheitsförderung und -erhaltung erlaubt wird. Viele der illegalen Substanzen, wie z.B. diverse Psychedelika, werden in anderen Ländern schon erfolgreich zur Behandlung psychischer und neurologischer Erkrankungen eingesetzt.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

Formular drucken

Formular zurücksetzen

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Gerne beziehen wir uns auf den "Europäischen Drogenbericht 2019".  
([http://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/11364/20191724\\_TDAT19001DEN\\_PDF.pdf](http://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/11364/20191724_TDAT19001DEN_PDF.pdf))

Die Prohibition ist ein politischer Irrweg und führt zu einer tödlichen Ideologie. Anstrengungen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft in Richtung Entkriminalisierung würden es ermöglichen, dass die Forschung beflügelt wird. Beispielsweise Psychedelika, welche nicht abhängig machend sind und als Medizin wieder Einzug finden sollten, da sie bei Menschen mit starker Depression, diese in kurzer Zeit zur Remission bringen können.  
(<https://www.3sat.de/wissen/scobel/scobel-drogen-als-medizin-100.html>)

Die Eliminierung des Schwarzmarktes ist wichtig und dient zur Entlastung der Justiz und Polizei, wie auch der Vorbeugung der Entwicklung in Bezug auf „NPS“ (Neue Psychoaktive Substanzen), welche Schäden der Gesundheit in nicht abschätzbarer Weise haben und sich in den letzten 10 Jahren von 10 Substanzen auf über 700 NPS entwickelt haben. Eine Entwicklung die der Verbotspolitik geschuldet ist.

Was man wissen muss, zum Thema Cannabis (Hanf):  
Der menschliche Körper besitzt ein Endocannabinoid System. Cannabinoide sind körpereigene Analog-Substanzen. Daher gibt es keine Überdosierungen und keine Todesfälle. Es ist damit die sicherste Arznei-Substanz weltweit. Wichtig zu erwähnen ist neben der belegten guten Wirkung bei Schmerzpatienten, dass diese, auch bei Dauergabe, leistungsfähig in der Gesellschaft verbleiben.

Wir verweisen für Vorschläge zur Gesetzesänderung auf die Bürgerinitiative "Herausnahme von Cannabis aus dem österreichischen Suchtmittelgesetz (53/BI)".  
([https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI\\_00053/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI_00053/index.shtml))

Cannabinoide werden u.a. zur Behandlung bei Krebserkrankungen eingesetzt und haben durchaus positive Wirkungen und vielfältige medizinische Einsatzmöglichkeiten. Die gesamte Pflanze ist, neben der Blüte als Arzneimittel, nutzbar und sollte in der Landwirtschaft wieder größeren Einzug finden!  
Der Anbau von Hanf entgiftet und revitalisiert Böden!  
Hanf ist neben seiner Faser, aus der Papier, Seile und Stoffe hergestellt werden können, auch für die Nutzung als Dämm- und Treibstoff bekannt. Neu ist die Verwendung und Herstellung von Hanfplastik zu erwähnen! Hanfplastik ist 100% biologisch abbaubar und verrottet rückstandslos.

Unsere Bürgerinitiative richtet sich gegen den weltweiten Drogenkrieg, welcher bereits von den ehemaligen UN Generalsekretären Ban Ki-Moon und Kofi Annan, als gescheitert erklärt worden ist.

Wir sollten rationale, auf Rechten basierende und evidenzbasierte Strategien zur Drogenkontrolle anwenden und unsere strafrechtlichen Bemühungen auf schwere Gewaltverbrechen konzentrieren - wie etwa den weltweiten Drogenhandel, welcher von kriminellen Organisationen geführt wird und jährlich zu mehr Toten führt als die Drogen selbst.

Die sozialen Schäden sind vorhersehbar und unnötig. Es gibt eindeutige Belege für den Zusammenhang zwischen dem illegalen Drogenhandel und einer Zunahme von Gewalt, Konflikten, Kriminalität und Korruption sowie einer verminderten Sicherheit der BürgerInnen. Die Bekämpfung von Drogenkriminalität und Korruption ist für die Förderung der menschlichen Entwicklung unerlässlich.

Die konsequente Weiterentwicklung (dieser Idee/Überzeugung) führt daher zur Forderung nach der Entkriminalisierung sämtlicher DrogenkonsumentInnen.

Die Vorgaben der Vereinten Nationen geben den Mitgliedstaaten die Freiheit über die Art und Weise wie diese mit Drogendelikten umgehen zu entscheiden. Die EU beschränkt sich darauf, Empfehlungen im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips abzugeben. In den 28 EU-Mitgliedstaaten werden unterschiedliche Drogen-Konzepte angewendet, von denen jeder Staat unter anderem aufgrund seiner geografischen Lage, der internen Dynamik illegaler Märkte und der Kapazität von Unternehmen zur Schadensminderung besondere Merkmale aufweist. Wir brauchen neue Maßstäbe, die auf bestehenden globalen Verpflichtungen zu Menschenrechten, öffentlicher Gesundheit und Entwicklung beruhen.

In Bezug auf Drogen hat die Prohibition alle Möglichkeiten ausgeschöpft und muss sich zu einem offensichtlichen Versagen des vorherrschenden Paradigmas im Drogen-Kontrollsystem bekennen. Dies zwingt die Nationen dazu, die Formulierungen einiger veralteter Konzepte und Kontrollmechanismen zu überdenken. In manchen Staaten werden bereits Modelle entwickelt bzw. auch schon angewendet, welche im Sinne der Schadensminimierung und Nachhaltigkeit den Drogenkonsum regulieren und dabei die Rechte der DrogenkonsumentInnen respektieren. (Portugal, Luxemburg, Niederlande, Uruguay, Kanada,....)

Voraussetzung für die Implementierung eines Modells zur Drogenregulierung ist der gesellschaftliche Ansatz. Dazu muss ein Netzwerk von Organisationen zur Schadensminderung aufgebaut werden um bestimmte Aspekte wie z.B. Aufklärung bezüglich Drogenkonsums, Prävention, Verständnis von Drogenrisiken und sicheren Umgang mit der Droge zu gewährleisten. Während dieses Prozesses muss ein Gleichgewicht zwischen der Nicht-Stigmatisierung der KonsumentInnen und der Nicht-Banalisierung der Substanzen hergestellt werden.

Beispiele wie:

- saubere bzw. sichere Drogenkonsumations-Räume wo den Menschen ihre Würde gelassen wird und die KonsumentInnen dadurch besser auf sich selbst achten und ein normales, gesundes Leben führen können.
- Cannabis Social Clubs, nicht gewinnorientierte Vereine, welche ihre Mitglieder und PatientInnen mit sauberem und leistbarem Cannabis (unter Einhaltung strikter Verhaltensregeln) versorgen
- geführte Zeremonien wo psychedelische Pflanzen sicher konsumiert werden können

Ziel ist es einen neuen Mittelweg zwischen medizinischem Nutzen und problematischem Konsum zu finden, nämlich den bewussten Umgang mit Drogen. Dazu bedarf es eines respektvollen Umgangs mit DrogenkonsumentInnen.

Natürlich ist bei jeder Art der Regulierung von Drogen und Änderungen der Gesetze größte Sorgfalt angebracht. So ist es sicher ratsam, Pilotprojekte zu starten, welche erste Einblicke in die geänderte Situation erlauben. Schritt für Schritt kann dann angepasst und voran geschritten werden. Auch sind natürlich nicht alle Arten der illegalen Substanzen gleichzusetzen. Hier liegt unser Vertrauen bei den ExpertInnen welche diese Projekte erarbeiten und ausführen. Die AktivistInnen in Österreich sind natürlich gerne bereit, ihr breit gefächertes Wissen hier anzubieten.

Schadensminimierung (Harmreduction) ist nur durch Bildung und einen Ausbau der Suchtprävention zu erreichen.

Die Androhung der Härte des Strafgesetzbuches und damit einhergehende Schaffung weiterer krimineller Strukturen ist daher verfehlt.

Dabei würde für eine Entkriminalisierung ein Vergehen als Verwaltungsstrafe mit substanzspezifischer Eigenbedarfsregelung besser passen. Problematisches Konsumverhalten muß frühzeitiger erkannt werden und in niederschwelligere und in lebensnahe Hilfe gebracht werden. "Support - don't punish" (<https://supportdontpunish.org/>)

Um die zahlreichen CBD Shops vor dem Aus zu bewahren wären Schulungsmaßnahmen für das Personal angebracht um eine optimale Beratung zu gewährleisten. Cannabinoide sollten nicht ausschließlich in Apotheken erhältlich sein, dies würde aufgrund der hohen Preise eine zu große Belastung der Volkswirtschaft darstellen. Ein zertifiziertes Berufsbild "Cannabinoid-Berater" wäre eine Bereicherung des Arbeitsmarktes.

Auch hat die staatliche Kontrolle einen erheblichen Einfluss, die Reinheit der Substanzen zu gewährleisten (ad. Harmreduction) und somit Konsumenten zu schützen. Weiters ist es sinnvoll im Sinne der Transparenz und Sicherheit verbindliche Regeln zur Deklaration der Inhaltsstoffe zu schaffen, sowie Warnhinweise auf die Substanzen zu drucken. Es können damit einhergehend erhebliche Steuereinnahmen geltend gemacht und Arbeitsplätze geschaffen werden!

(<https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2018/11/16/cannabis-prohibition-kostet-deutschland-2-66-milliarden-pro-jahr>).

Als Grundlage einer menschlichen Drogenpolitik müssen die Normen der Menschenrechte gelten. Die anstehende Reform muss sich darauf konzentrieren, die negativen Konsequenzen der aktuellen Drogenpolitik zu mindern. Der Schwerpunkt muss sein, den Jugendschutz zu gewährleisten und gleichzeitig den kriminellen, globalen Drogengroßhandel und damit auch den Schwarzmarkt zu reduzieren.

Österreich war immer ein Vorreiter, des Grundsatzes „Therapie statt Strafe“. Dies ist jedoch auf „Rechtsbrecher“ beschränkt, welche nach unserem Ansatz keine sein müssten. Die Etablierung eines Wirtschaftszweiges, ist zu befürworten, da dieser Ansatz Steuereinnahmen und Arbeitsplätze generieren würde, anstelle Strafen anzudrohen.

Wenn all diese Argumente berücksichtigt werden, sollte eine Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen als Beitrag Österreichs zur Beendigung des weltweiten Drogenkrieges in Angriff genommen werden.

Josef Rohaczek (Erstunterzeichner)

Gabriele Kozàr (ENCOD - European Coalition for Just and Effective Drug Policies)

Mag. Christoph Fasching

# BÜRGERINITIATIVE

Änderung der bestehenden Drogenpolitik im Sinne einer menschenrechtskonformen Drogenpolitik von Schadensminimierung, Eliminierung des Schwarzmarktes, Erhöhung des Jugendschutzes sowie Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen -  
Kurz: "**Wiener Aufruf**"

Basierend auf dem Berliner Aufruf der evangelischen Kirche in San Salvador, wurde der Wiener Aufruf erstellt. Der Wiener Aufruf soll als Petition an das österreichische Parlament zur Diskussion gegeben werden. Im Gegensatz zum Berliner Aufruf ist er säkular formuliert und soll so Menschen aller religiöser Gesinnungen ansprechen.

Wir ersuchen Sie den Aufruf durch Ihre Unterschrift zu unterstützen - **alle in Österreich Wahlberechtigten** können dazu unterschreiben.

So bald 500 Unterschriften erreicht sind, können wir diesen dem Parlament zur Behandlung vorlegen.

**BÜRGERINITIATIVE:**

Änderung der bestehenden Drogenpolitik im Sinne einer menschenrechtskonformen Drogenpolitik von Schadensminimierung, Eliminierung des Schwarzmarktes, Erhöhung des Jugendschutzes sowie Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen - Kurz: "**Wiener Aufruf**"

Seite 2/3

## Wiener Aufruf für eine menschliche Drogenpolitik

Der aktuelle weltweite Drogenkrieg hat sich in eine immer destruktivere Spirale verwandelt. Die Prinzipien, auf die sich die Drogenprohibition beruft, haben sich als ein politisches und humanitäres Fiasko erwiesen.

Der Versuch, eine Welt ohne Drogen durch die Reduzierung des Angebots illegaler Drogen und die Abstinenz durch staatliche Gewalt zu erzwingen, geht an den Realitäten der einzelnen Kontinente und Regionen vorbei. Er fördert antidemokratische, autoritäre Strukturen und stärkt den ökonomischen Einfluss der organisierten Kriminalität. Der globale Drogenkrieg führt zu systematischen Menschenrechtsverletzungen, Korruption, massiv wachsenden Gefangenenquoten und juristischen Verfahren. Außerdem erhöht er die sozialen und gesundheitlichen Risiken, sowie die Morbiditätsrate bei Menschen, die illegalisierte Drogen benutzen.

Die Prohibition ist ein politischer Irrweg und führt zu einer tödlichen Ideologie.

Der Drogenkrieg eskaliert in den Herstellerländern wie dem Norddreieck Zentralamerikas und dem Asiatischen Südosten, fordert Todesopfer und verbreitet so Angst und Terror. In anderen Regionen weltweit wiederum wird der medizinische und psychotherapeutische Einsatz illegalisierter Stoffe, sowie die Entkriminalisierung von drogengebrauchenden Menschen umgesetzt. Dies vertieft die Ungereimtheiten einer auf Prohibition basierenden Politik.

Es ist erwiesen, dass die Anstrengungen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft durch politisches Engagement und öffentliches Auftreten wichtige Beiträge leisten. Nur so können drogengebrauchende Menschen eine bessere Lebensqualität erreichen. Gleichzeitig ist es möglich, Menschen bei problematischem Konsum, den Zugang zu einer lebensnahen, rechtlich abgesicherten Drogenhilfe zu eröffnen. Eine moralische Disqualifizierung und Strafverfolgung von abhängig gewordenen Menschen wird der Problematik nicht gerecht und kann den stattfindenden Krieg nicht beenden.

Aus diesen Gründen und angesichts der Millionen Menschen, die unter den Konsequenzen des Drogenkrieges leiden müssen, richten wir als Männer und Frauen verschiedener Weltanschauung, verschiedener Religionen, MenschenrechtsverteidigerInnen, AktivistInnen, FreidenkerInnen und Menschen die Drogen konsumieren oder auch nicht, diese Aufforderung an:

- die Vereinten Nationen,
- das Büro der UNO für Drogen- und Verbrechensbekämpfung,
- an die UNO Suchtstoffkommission,
- die Europäische Union,
- die Organisation der Amerikanischen Staaten und ihre Interamerikanische Drogenmissbrauchskommission,
- die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten CELAC,
- an die nationale Politik,
- an Gemeinschaften, religiöse Organisationen und Hilfsverbände, alle Menschen

**Bitte sehen Sie ein, dass es höchste Zeit ist, den Drogenkrieg zu beenden!**

Wir fordern hiermit alle Menschen auf, sich aktiv für ein Ende des Drogenkrieges einzusetzen.



**BÜRGERINITIATIVE:**

Änderung der bestehenden Drogenpolitik im Sinne einer menschenrechtskonformen Drogenpolitik von Schadensminimierung, Eliminierung des Schwarzmarktes, Erhöhung des Jugendschutzes sowie Entkriminalisierung von DrogenkonsumentInnen - Kurz: "**WienerAufruf**"

Seite 3/3

**Wir rufen dazu auf:**

- die notwendige Zusammenarbeit bei der tatsächlichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Geldwäsche zu vertiefen.
- Alternativen zu Prohibition und Repression zu entwickeln und zu fördern.
- eine lebensnahe Prävention zu etablieren, durch Aufklärung
- Hilfe bei der Entwicklung von Schadensminderungsstrategien für drogengebrauchende Menschen bereitzustellen.
- der Zivilgesellschaft mehr Bedeutung bei der Besetzung von Plätzen im Post-UNGASS<sup>1</sup>-Prozess einzuräumen.
- internationale Kampagnen zu finanzieren, die Informationen über die lokale und internationale Drogenpolitik vermitteln und zur Vorbeugung von Drogenmissbrauch beitragen. Diese Kampagnen müssen wissenschaftlich fundiert und frei von Vorurteilen gegenüber psychotropen Substanzen und drogengebrauchenden Menschen sein.
- die Privatsphäre und Selbstbestimmung aller Menschen, auch derer die Drogen benutzen, zu respektieren.

Die unterzeichnenden Organisationen, Gruppen und Personen unterstützen eine Reform der aktuellen Drogenpolitik. Ihr Ziel ist ein Weg, der sich auf soziale und gesundheitliche Aspekte stützt. Als Grundlage der Drogenpolitik müssen die Normen der Menschenrechte gelten. Diese Reform muss sich darauf konzentrieren, die negativen Konsequenzen der aktuellen Drogenpolitik zu mindern. Der Schwerpunkt muss sein, den Missbrauch jeglicher psychoaktiver Stoffe vorzubeugen und den kriminellen, globalen Drogengroßhandel zu bekämpfen.

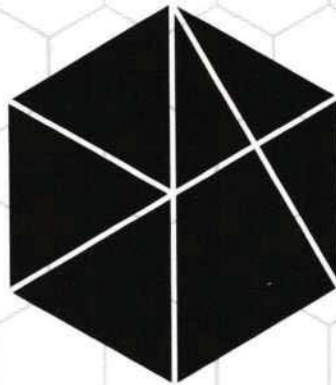
Wir fordern:

**Beendet den weltweiten Drogenkrieg!**

**Recht auf freien Anbau für alle Erwachsenen, Legalisierung von Cannabis und Entkriminalisierung aller**

**DrogenkonsumentInnen, denn**

**keine Pflanze ist illegal**



BERLINER  
AUFRUF

[HTTPS://BERLINDOKUMENT.ORG](https://berlindokument.org)



# BERLINER AUFRUF

## FÜR EINE MENSCHLICHE DROGENPOLITIK

Der aktuelle weltweite Drogenkrieg hat sich in eine immer destruktivere Spirale verwandelt. Die Prinzipien, auf die sich die Drogenprohibition beruft, haben sich als ein politisches und humanitäres Fiasko erwiesen.

Der Versuch, eine Welt ohne Drogen durch die Reduzierung des Angebots illegaler Drogen und die Abstinenz durch staatliche Gewalt zu erzwingen, geht an den Realitäten der einzelnen Kontinente und Regionen vorbei. Er fördert antidemokratische, autoritäre Strukturen und stärkt den ökonomischen Einfluss der organisierten Kriminalität. Der globale Drogenkrieg führt zu systematischen Menschenrechtsverletzungen, Korruption, massiv wachsenden Gefangenenquoten und juristischen Verfahren. Außerdem erhöht er die sozialen und gesundheitlichen Risiken, sowie die Morbiditätsrate bei Menschen, die illegalisierte Drogen benutzen.

Die Prohibition ist ein politischer Irrweg und führt zu einer tödlichen Ideologie.

Mit Angst- und Terrorverbreitung eskaliert der Drogenkrieg im Norddreieck Zentralamerikas und dem Asiatischen Südosten. In anderen Regionen wiederum wird der medizinische und psychotherapeutische Einsatz illegalisierter Stoffe, sowie die Entkriminalisierung von drogengebrauchenden Menschen umgesetzt. Dies vertieft die Ungereimtheiten einer auf Prohibition basierenden Politik.

Es ist erwiesen, dass die Anstrengungen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft durch politisches Engagement und öffentliches Auftreten wichtige Beiträge leisten. Nur so können drogengebrauchende Menschen eine bessere Lebensqualität erreichen. Gleichzeitig ist es möglich, Menschen bei problematischem Konsum, den Zugang zu einer lebensnahen, rechtlich abgesicherten Drogenhilfe zu eröffnen. Eine moralische Disqualifizierung und Strafverfolgung von abhängig gewordenen Menschen wird der Problematik nicht gerecht und kann den stattfindenden Krieg nicht beenden.

Aus diesen Gründen und angesichts der Millionen Menschen, die unter den Konsequenzen des Drogenkrieges leiden müssen, richten wir als Männer und Frauen verschiedener Weltanschauung, als ChristInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen, AktivistInnen, FreidenkerInnen und Menschen die Drogen konsumieren oder auch nicht, diese Aufforderung an:

- die Vereinten Nationen,
- das Büro der UNO für Drogen- und Verbrechensbekämpfung,
- an die UNO Suchtstoffkommission,
- die Europäische Union,
- die Organisation der Amerikanischen Staaten und ihre Interamerikanische Drogenmissbrauchskommission,
- die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten CELAC,
- an die nationale Politik,
- an Kirchen, Gemeinschaften, religiöse Organisationen und Hilfsverbände:

**Bitte sehen Sie ein, dass es höchste Zeit ist, den Drogenkrieg zu beenden!**

Wir stehen hinter dem konziliaren Prozess für "Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung". Wir fordern religiöse Organisationen, christliche Gruppen, Kirchengemeinden, Glaubensgemeinschaften, Hilfsverbände und Privatpersonen auf, sich aktiv für ein Ende des Drogenkrieges einzusetzen.

**Wir rufen dazu auf:**

- die notwendige Zusammenarbeit bei der tatsächlichen Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Geldwäsche zu vertiefen.
- Alternativen zu Prohibition und Repression zu entwickeln und zu fördern.
- eine lebensnahe Prävention zu etablieren.
- Hilfe bei der Entwicklung von Schadensminderungsstrategien für drogengebrauchende Menschen bereitzustellen.
- der Zivilgesellschaft mehr Bedeutung bei der Besetzung von Plätzen im Post-UNGASS-Prozess einzuräumen.
- internationale Kampagnen zu finanzieren, die Informationen über die lokale und internationale Drogenpolitik vermitteln und zur Vorbeugung von Drogenmissbrauch beitragen. Diese Kampagnen müssen wissenschaftlich fundiert und frei von Vorurteilen gegenüber psychotropen Substanzen und drogengebrauchenden Menschen sein.
- die Privatsphäre und Selbstbestimmung der Menschen, die Drogen benutzen, zu respektieren.

Die unterzeichnenden Organisationen, Gruppen und Personen unterstützen eine Reform der aktuellen Drogenpolitik. Ihr Ziel ist ein Weg, der sich auf soziale und gesundheitliche Aspekte stützt. Als Grundlage der Drogenpolitik müssen die Normen der Menschenrechte gelten. Diese Reform muss sich darauf konzentrieren, die negativen Konsequenzen der aktuellen Drogenpolitik zu mindern. Der Schwerpunkt muss sein, den Missbrauch des Konsums jeglicher psychoaktiver Stoffe vorzubeugen und den kriminellen, globalen Drogengroßhandel zu bekämpfen.

In Vielfalt geeint, im Einklang mit der Gerechtigkeit und der Liebe, die uns bewegt, bekräftigen wir:

**"Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein."** (Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 in Amsterdam)

Wir fügen hinzu:

**Auch Drogenkrieg soll nach Gottes Willen nicht sein!**

Wir fordern:

**Beendet den weltweiten Drogenkrieg!**

## Initiators

### Rev. Martin Diaz

Internationale Beratung, Harm Reduction und Drogenpolitik Advocacy. Präsident der IEPES Ev. Protestantische Kirche in El Salvador

### Theol. Daniela Kreher

Research, Jugendseelsorge, Harm Reduction, Drogenpolitik. IEPES

### Pfr. Michael Kleim

Theologe und Aktivist der Menschenrechte. Schildower Kreis, Netzwerk von Experten aus Wissenschaft und Praxis. Germany

## Religiöse Stimmen

### Padre José Alejandro Solalinde

Theologe und katholischer Priester, Menschenrechtsverteidiger der Migrantenrechte. Koordinator der Seelsorge der Menschlichen Wanderung im Süd Pazifik des Bistum Mexiko.

### Padre Luis Barrios

Theologe und Professor für Kriminaljustiz am J.J. College und der Kirche "Santa Cruz". New York, USA

### Rvdo. Martín Barahona

Emeritierter Bischof und Friedensbotschafter der Anglikanisch-Episkopalen Kirche in El Salvador

### Dr. David A. Roldán

Dr. der Theologie und der Philosophie. Dekan des Theologischen Instituts FIET, Argentinien

### Lesley Murdock

Administrator | Multicultural Growth & Witness of Unitarian Universalist Association, USA

### Rvdo. Miguel A. Hernandez

Priester der "Holy Trinity" Kirche in West Orange, NJ, USA.

### Rev. Graham Long AM

CEO/Pastor The Wayside Chapel, Australia

### Rev. Margarita Sánchez

Bischöfin der Metropolitan Community Church. Dekanin des Garner Institut in Brasilien.

### Rev. Cristiano Valerio

Koordinator der Metropolitan Community Church im Cono Sur Lateinamerikas.

### Rev. Héctor Gutiérrez

Ältester der Metropolitan Community Church. Mitglied des Büros für neue Aufgaben, Mexiko.

### Fray Julián Cruzalta

Theologe und Aktivist für die Menschenrechte, Mexiko

### Rev. Daniel Santos Rodríguez

Leiter der Kommunität "Apostolisches Haus Christus der Befreier" in Monterrey, Mexiko

### Rvdo. Mario Luna

Theologe, Ökumenische Kirche, El Salvador

### Christoph Schmidt

Sozialdiakon, Deutschland

### Ulrich Töpfer

Bund Evangelischer Jugend Mitteldeutschland, Deutschland

## AkademikerInnen und Experten

### Noam Chomsky

Linguist, Philosoph und aktivist. Emeritierter Professor am MIT Technologisches Institut in Massachusetts. USA.

### David Nutt

Professor für Neuropsychopharmakologie am Imperial College, Grossbritannien

### Dra. Raquel Peyraube

Beratung in Harm Reduction und Legalisierung, Uruguay

### Lic. Fidel Nieto

Rektor der Lutherischen Salvadorianischen Universität. El Salvador

### Lic. Dagoberto Gutiérrez

Vizektor der Lutherischen Salvadorianischen Universität, Unterzeichner der Friedensabkommen von 1992. El Salvador

### Dr. Sergio Sánchez Bustos

Dr. Med., Direktor der Stiftung "Latinoamérica Reforma", Chile

### Psic. Armando Loizaga Pazzi

Director of NIERIKA A.C. Multidisciplinary Association for the Preservation of Indigenous Traditions of Sacred Plants, Mexico

### Dr. Mariano Fusero

Leiter der Abteilung für Drogenpolitik des Rechtsverein "Pensamiento Penal", Argentinien

### Ernesto Cortés

Direktor des Vereins für Studien und Interventionen bei Drogen in Costa Rica

### Rodrigo Uprimny Yepes

Gründer und Mitglied im Rat der Organisation "Dejusticia", Kolumbien

### Profesor Hakim Himmich

Präsident des Verbands für den Kampf gegen AIDS (ALCS) in Marokko

### M.A. Natalia Navas

Bachelor of Science in Industrial and Labor Relations from Cornell University, Master of International Studies, CUNY Graduate Center (Postgraduate Center, University of New York City). Specialist in the sociological exploration of the patterns of globalized labor migration reflected in the new economy after the collapse of 2008. Militant for the rights of Migrants. USA

### MSc. Astrid Hahner

Biology (Neurosciences) with expertise in psychedelic plant healing Berlin

### Hans Cousto

Mathematiker und Musikwissenschaftler. Drogenexperte. Autor. Schweiz / Deutschland.

### Dra. Rahel Gall

Geschäftsleiterin bei CONTACT, Stiftung für Süchtige. Fondation Aide Addiction. Schweiz.

### Jean-Félix Savary

Secretario General de GREA (Secretary General GREA - Groupement Romand d'Etudes des Addictions, Switzerland.

### Dr. Milton Flores

Arzt, Psychiater, Institut "Triagrama", zur Entwicklung des Lebens in Gemeinschaft, Chile.

### Dr. Alex Wodak AM

Emeritus Consultant, Alcohol and Drug Service, St Vincent's Hospital & President, Australian Drug Law Reform Foundation, Australia

### Joycelyn Woods

Director National Alliance for Medication Assisted Recovery, N.Y. EEUU

### Zach Walsh, PhD, RPsyCh

Associate Professor | Psychology | The University of British Columbia, Canada



**Prof. Carla Rossi | Italia**

Professor of Medical Statistics,  
Representative of Nonviolent Radical  
Party Transnational Transparty (NRPTT)  
to UNODC, Official National Expert of  
HRDU indicator to EMCDDA, President of  
the Association Centro Studi Statistici e  
Sociali

**Dr. Marcus Day DSc**

Director of Caribbean Drug & Alcohol  
Research Institute, Saint Lucia [1]

**Eberhard Schatz**

Coordinator CORRELATION network,  
c/o Foundation De REGENBOOG GROEP,  
Holanda

**Oscar Hugo Espin Garcia**

St public mental health master degree at  
UNAM & member of sssp México chapter

**Juan Machín**

Direktor des Caritas Zentrum für  
"Fortbildung zur Versorgung bei  
Pharmaabhängigkeiten und assoziierte  
kritische Situationen", Mexiko

**Lynne Raskin**

CEO of South Riverdale Community  
Health Centre, Canada

**Dr. Matthias von Reusner**

Medical Doctor, Nueva York, USA

**Dr. Daniel Escanellas**

Medical Psychiatrist, Uruguay

**Dirk Schaeffer**

Referent für Drogen und Strafvollzug/JES  
– Deutsche AIDS Hilfe

**Silke Reichrath**

Mitgründer der Brook Valley Forschung  
zu gewaltloser Erziehung.

**Hans Sinn**

Mitgründer der Brook Valley Forschung  
zu gewaltloser Erziehung.

**Mariana Pinzon**

Religionswissenschaftlerin, Deutscher  
Hanf Verband, Cannafem, Deutschland.

**Marcel Schage**

Politologe, Deutschland.

**Joana Canêdo**

Advocacy and Policy Officer of Agência  
Piaget para o Desenvolvimento (APDES),  
Portugal

**Ralf Gerlach**

Diplompädagoge, stellvertretender Leiter  
des Instituts zur Förderung qualitativer  
Drogenforschung, akzeptierender  
Drogenarbeit und rationaler Drogenpolitik  
(INDRO) e.V. in Münster, Deutschland.

**Aram Barra**

Master in Politics and Public  
Administration from New York University  
and University College London. He is  
currently an independent consultant on  
health, safety and human rights issues.

**Ethan A Nadelmann**

Founder of Drug Policy Alliance

**Politiker, Funktionäre und  
ehem****Bodo Ramelow**

Ministerpräsident Thüringen, Germany

**Lic. Milton Romani Gerner**

Ehem. Generalsekretär der "Junta  
Nacional de Drogas" und ehem.  
Botschafter Uruguays bei der  
Organisation der Amerikanischen  
Staaten, Uruguay.

**Hubert Wimber**

Ehem. Polizeipräsident von Münster.  
Vorsitzender LEAP (Law enforcement  
against prohibition), Germany

**Dr. Herbert Wilfredo Barillas**

Ehem. Rektor der Nationalen Universität  
von El Salvador

**Volker Beck**

Mitglied des Deutschen Bundestages.  
Bündnis 90/Die Grünen, Deutschland

**Andreas Müller**

Jugendrichter. Autor. Deutschland.

**Tibor Harrach**

Pharmacist and Green Party candidate  
for the Bundestag, Berlin

**Holger Gundlach**

ehem. Leiter des Drogendezernats des  
Landeskriminalamts Hamburg. Germany

**Journalisten****Emilio Ruchansky**

Journalist and author of "A world with  
drugs alternative roads to prohibition",  
Argentina

**Roger Liggerstorfer**

Nachtschatten Verlag, Swiss

**Soziale Leader****Joyce A. Rivera, ABD, MA**

Founder and Executive Director "Harm  
Reduction Corner" of Santa Ana, NY, USA

**Roberto Cañas**

Unterzeichner der Friedensabkommen  
von 1992. Dozent und Politischer Analyst,  
El Salvador

**Enrico Fletzer**

Präsident der Europäischen Koalition  
für gerechte und effektive Drogenpolitik,  
Italien.

**Anton M Djajaprawira**

Executive Director of Rumah Cemara.  
Indonesia

**Anke van Dam**

Executive Director AFEW International,  
Amsterdam, Netherlands

**Farid Ghehiouèche**

Head of advocacy, FAAAT think & do tank

**André Nilsen**

Chair of Normal Norge

**Amy Romanello**

Charité Universitätsmedizin zu Berlin,  
líder del capítulo de SSDP Berlín

**Roar Mikalsen,**

President of AROD

**Rubem César Fernandes**

Director of "Viva Rio", Brazil

**Anna Quigley**

City Wide, Independent Councillor on  
Dublin City Council, Gregory Group,  
Community activist, Irland

**Dan Bigg**

Director of Chicago Recovery Alliance,  
USA

**Donna May**

Vereinte Mütter zur Rettung von Leben  
von Menschen die Drogen benutzen,  
Kanada

**Gretchen Burns Bergman**

New PATH (Parents for Addiction  
Treatment & Healing) and Moms United  
to End the War on Drugs, California, USA

**Dr J. Carolyn Gomes**

Executive Director, Caribbean Vulnerable  
Communities Coalition (CVC), Jamaica

**Joel Simpson**

Founding Co-Chairperson, Society  
Against Sexual Orientation  
Discrimination, Guyana

**J.R. Neuberger, CMA**

Member, Board of Directors, National  
Alliance for Medication Assisted  
Recovery. J.R. Neuberger, CMA. USA

**Mark A. Varca, J.D.**

Chairman, Federal CURE, Florida

**Emma Guadalupe Rodríguez Romero**

President of SSDP-Students for a Sensible Drug Policy, Mexico.

**Héctor Joel Anaya Segura**

Director of SSDP-Students for a Sensible Drug Policy, Mexico.

**Rachel Beth Wissner**

Outreach Associate, Family Law & Cannabis Alliance, Massachusetts

**Christian Hui**

Co-founder and Chair, Canadian Positive People Network, HIV+ and PWU/ID activist

**Dennis Sobin, Director**

Safe Streets Arts Foundation, Washington, DC

**Howard Gough**

Executive Chairman Jamaica Psychosocial Foundation (JPF)

**Wiqas Ahmad**

International Working Group Member of Initiative for Youth and Sustainable Development, Pakistan

**Ulrich Töpfer**

Bund Evangelischer Jugend Mitteldeutschland, Meiningen/Deutschland.

**Graham de Barra**

Executive Director of Help Not Harm, Irland

**Florian Scheibein**

Deputy Director of HELP NOT HARM, Irland

**Ana María Gazmuri**

CEO, Fundación Daya, Chile

## UnternehmerInnen und PhilanthropInnen

**Louis Santiago**

Director at CannaSense Total Wellness, EEUU

## Justiz und Rechtswesen

**Jack A. Cole**

Polizist i.R. der Polizei von New Jersey

**Gründer der LEAP**

Honorarymitglied des Rates der Studenten für eine sensible Drogenpolitik

**Ronald Hampton**

Retired Police Officer of the Metropolitan Police Department of Washington, DC, former Executive Director of Blacks In Law Enforcement of America.

**Greg Barns**

Barrister and former National President of the Australian Lawyers Alliance

## Aktivisten

**Diego Grooscors**

Independent activist, Costa Rica

**Crack Rodríguez**

Artist, El Salvador

**Ian McKnight from**

Community Activist, Jamaica

**Karsten Tögel – Lins**

“Legal High Inhaltsstoffe”, Germany

**Sebastian Bassy**

Pflegedienstleitung Caritas Sozialstation, Germany

**Sarah Nied**

Germany

**Dennis Karaula**

Hanf Initiative, Frankfurt, Germany

**Dirk Grimm**

Sozialpädagoge, Mindzone, München, Germany

**Holger Mueller**

Student Agrarwissenschaften, Germany

**Nic Voelk**

Germany

**Hendrikje Buhl**

Germany

**Matthias Hein**

Germany

**Moritz Rukiek**

Germany

**Reinhard Lehmann**

Germany

**Niels Biedermann**

Germany

**Immanuel Ziefle**

Germany

**Pia Huber**

Germany

**Michael Tillmanns**

Germany

**Uwe Vedder**

Germany

**Mark Zankl**

Germany

**Max Lausmann**

Germany

**Marcel Falke**

Germany

**Michael Thomas Bauer**

Germany

**Marcel Terhaag**

Germany

**Peter Schneider**

Germany

**Frans Bronkhorst**

Netherlands

**Matthias Rudelt**

Germany

**Herbert Pahlitzsch**

Germany

**Matthias Ulbrich**

Germany

**Richard Neubert**

Germany

**Jörg Schönthaler**

Germany

**Ralf Heinrich**

Germany

**Daniel Reusse**

Germany

**Sonja Faber**

Germany

**Marc Wenk**

Educador/ Erzieher, Germany

**Oda Meubrink**

Germany

**Florian Kraft**

Germany

**Laif Weishaupt**

Germany

**Alexandra Tarragoni Maillard**

Suiza



### Organizations







Eine Initiative der Evangelischen Protestantischen Kirche in  
El Salvador - IEPES  
*esiglesia.org*

Document empowered by the Europäisches Institut für multidisziplinäre Studien  
zu Menschenrechten und Wissenschaften  
Knowmad Institut gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)  
*knowmadinstitut.org*

Für eine nachhaltige, faire und multipolare Welt.  
Stärken Sie unsere Arbeit !

SPENDENKONTO  
Knowmad Institut gUG  
IBAN: DE53 1705 2000 0940 0577 43  
BIC (SWIFT): WELADED1GZE  
Sparkasse Barnim

[contact@knowmadinstitut.org](mailto:contact@knowmadinstitut.org)